

3773/J XXI.GP

Eingelangt am: 18.04.2002

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Gabriela Moser, Mag. Terezija Stoisits, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Justiz

betreffend Verlegung des Landesgerichts Wien

Die geplante Verlegung des Standortes des Landesgerichts Wien von der Riemergasse in den Bereich des Bahnhofs Landstraße bzw die City-Tower erscheint in mehrerlei Hinsicht hinterfragenswert. Nach Auskunft der BIG vom vergangenen Jahr wurde Ihrerseits noch keinerlei Vorstoß in Richtung Klärung des Vorhabens unternommen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Aus welchen Gründen soll der Standort des Wiener Landesgerichts verlegt werden?
2. Wie hoch sind derzeit die Mietkosten pro Quadratmeter?
3. Wie groß ist derzeit die Bürofläche in der Riemergasse?
4. In welchem Verhältnis stehen derzeit die Flächen, die Richterinnen in Anspruch nehmen, zu den Flächen, die Gerichtspraktikantinnen und das Büropersonal benützen?
5. Wie viel Quadratmeter sollen in den City-Towers angemietet werden? Wie soll sich in Zukunft das Verhältnis der zur Verfügung stehenden Flächen aufteilen?
6. Wie hoch werden die Mietkosten pro Quadratmeter am neuen Standort sein? Welche Mehrkosten werden entstehen?
7. Auf welche Höhe belaufen sich die Übersiedlungs- und Adaptierungskosten?

8. Auf welche Weise verbessern sich die Erreichbarkeit und die Arbeitsabläufe in Zukunft am neuen Standort?

9. Welche Kosten sind in den vergangenen fünf Jahren für die Modernisierung und Adaptierung des Gerichtsgebäudes Riemergasse aufgewendet worden?
10. Welche Nachnutzung ist für das Gerichtsgebäude Riemergasse, das unter Denkmalschutz steht und in den vergangenen Jahren mit erheblichen Mitteln zum modernen Justizservicezentrum adaptiert wurde, geplant?
11. Welche Rolle spielt bei den Verhandlungen über die Anmietung im City-Tower Ernst Karl Plech? Entspricht es den Tatsachen, dass er in Ihrem Namen die Verhandlungen führt?
12. Wann soll das Vorhaben der Standortverlegung abgeschlossen sein?
13. Ist ein unterbrechungsloser Betrieb des Landesgerichts garantiert?
14. Warum verweigern Sie ein Gespräch mit der Richtervereinigung über die geplante Verlegung (vgl. "Die Wiener RichterIn" Febr. 02)?